

Basisorganisation 'Unsere Straße' DIE LINKE. Charlottenburg-Wilmersdorf zu Sozialprotesten, Energiekrise, Krieg und Frieden

Stellungnahme zur Debatte in Partei und Protestbündnissen

Wir unterstützen die notwendigen Sozialproteste gegen die Politik der Bundesregierung. Deswegen beteiligen wir uns auch am Protestbündnis 'Heizung, Brot und Frieden', das sich in den letzten Monaten in der Hauptstadt zusammengefunden hat.

Wir rufen die Genoss*innen im Berliner Landesverband der Partei DIE LINKE dazu auf, sich aktiv an allen Protesten in der Stadt gegen die Politik der Bundesregierung zu beteiligen, die von Gewerkschaftern, linken Gruppierungen und Parteien, Sozial- und Klimabewegungen getragen sind und die Sorgen breiter Teile der Bevölkerung aufgreifen.

Einer Diffamierung von Protestbündnissen mit ungerechtfertigten Querfrontvorwürfen u. ä. widersprechen wir entschieden. Von Bündnispartnern kann nicht gefordert werden, dass sie alle programmatischen Punkte der Partei als ihre eigenen übernehmen. Eine solche dogmatische Forderung würde die Teilnahme an jedem Bündnis von vornherein ausschließen. Alle demokratischen und sozial fortschrittlichen Kräfte sind potentielle Partner*innen im Protest gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung.

Als demokratisch-sozialistische Partei ist es nicht die Aufgabe der LINKEN, staatstragend der Bevölkerung die Zumutungen zu erklären und um Zustimmung dafür zu werben bzw. auf die Arbeit von Parlamenten und Regierungen zu verweisen. Einer Burgfriedenspolitik mit der Bundesregierung stellen wir uns entschieden entgegen.

Als Basisorganisation fordern wir:

Heizung:

1. Einfrieren der auf Mieter umlegbaren Heizkosten auf den Stand des Jahres 2021.
2. sofortiger Mietenstopp und ein gleichzeitiges Moratorium auf Mietkündigungen und Haus- und Wohnungskreditzahlungen.
3. Vergesellschaftung der Energiekonzerne
4. Sicherstellung der Gasversorgung
 - 4.1. Umgehend Verhandlungen zwischen Deutschland und Russland zur Wiederaufnahme der Lieferung von Erdgas. Soweit Russland dazu bereit ist, dann ist gemeinsam mit Polen und der Ukraine darüber zu verhandeln, den von ihnen blockierten Gastransit über die Jamal-Pipeline und das UGTS-Pipelinesystem wieder aufzunehmen. Soweit sich Polen und die Ukraine darauf nicht einlassen, sind Reparatur und Inbetriebnahme von Nord Stream 2¹ auf die Tagesordnung zu setzen.

4.2 Sofortige Reparatur der zerstörten Nord Stream 1 Pipeline¹. Für die Inbetriebnahme ist die reibungslose Wartung der in Russland eingesetzten Gasturbinen in Kanada entscheidend. Die Bundesregierung ist aufgefordert, mit dafür Sorge zu tragen, dass mögliche Hindernisse in Kanada aus dem Weg geräumt werden können.

5. Verbot des Imports von 'Fracking' Gas und der Förderung im Bundesgebiet.

Brot:

1. Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Luxusartikel.
2. Direkte Subventionierung notleidenden Kleingewerbes und von Mittelstandsunternehmer*innen, z. B. für viel Energie verbrauchende Betriebe wie Bäckereien.
3. Sofortiges Hilfsprogramm der Bundesregierung in Verbindung mit der UNO für die hungernde Bevölkerung im Horn Afrikas.

Frieden:

1. Sofortige Waffenruhe in der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine. Einleitung aller notwendigen Schritte für einen dauerhaften Frieden auf Grundlage der Abkommen von Minsk. Die US-Regierung ist von der Bundesregierung aufzufordern, ihre Schlüsselstellung dafür einzusetzen.
2. Ende der Sanktionen. Einzelstaatlich oder von der EU-Kommission verhängte Sanktionen, ob politischer oder wirtschaftlicher Natur, lehnen wir ab. Die aktuelle Sanktionspolitik der Bundesregierung schadet nicht nur der arbeitenden Bevölkerung. Es droht eine Deindustrialisierung Deutschlands mit weiterer Verschlechterung der sozialen und materiellen Lebensbedingungen und einem Anstieg der Armut für breite Teile der Bevölkerung.
3. Der Wirtschaftskrieg zwischen der EU und den USA sowie der Russischen Föderation ist zu beenden.
4. Keine Lieferung von (schweren) Waffen(Systemen) in die Krisenregion und auch nicht woandershin.

Unsere Partei soll sich auf kommunaler, Landes- und Bundesebene aktiv an den sozialen Protesten beteiligen, hierbei breite gesellschaftliche Bündnisse schließen jenseits der linksliberalen Bohème. Die wirksame und spürbare Linderung der sozialen Not der Werktätigen, Arbeitslosen und Rentner statt Aufrüstung und Krieg sind das Gebot der Stunde. Für eine friedliche und gewaltfreie Zukunft auf dem eurasischen Kontinent bleiben gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit weiter auf der Tagesordnung.

Berlin-Charlottenburg, den 26.10.2022

¹ Hinweis: Gazprom geht davon aus, dass die Reparatur sämtlicher zerstörter Nord Stream Pipelines mehr als ein Jahr dauern würde. Sehr teuer dürfte der erforderliche Austausch großer Teile der Röhren werden. Ursache dafür ist Korrosion durch eingedrungenes Seewasser.